



**Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
SPD Fraktion im Rat der Stadt Schortens**

SPD Fraktion Schortens  
Fraktionsvorsitzender  
Udo Borkenstein  
Lebensborner Weg 5  
26419 Schortens  
Tel. 04461/81574  
Mobil. 0171/8374293  
udo.borkenstein@t-online.de

11.03.2021

## Pressemitteilung

Die SPD Stadtratsfraktion ist nach wie vor besorgt um die weitere Entwicklung bezüglich der Beratung und Beschlussfassung zur Kita Finanzierung.

Nach dem vom Bürgermeister angebotenen Gespräch mit einem Rechtsanwalt in der vergangenen Woche ist klar, dass eine Teilkündigung genauso zu bewerten ist, wie eine Kündigung. Die Folgen wären bei einer Annahme durch den Landkreis, dass zum Kündigungstermin, sofern er überhaupt verhältnismäßig wäre, die Kinderbetreuung auf den Landkreis übergehen würde. Dies hätte zur Konsequenz, dass zu dem Zeitpunkt die Arbeitsverhältnisse mit den Erzieherinnen und Erziehern enden würde. Rechtlich gesehen wäre es nämlich keine Betriebsübernahme.

Erleichtert sind wir darüber, dass im Rat die beiden Anträge von der CDU und den Grünen nicht behandelt worden sind. Der Antrag der Grünen wäre im Übrigen so gar nicht zulässig gewesen und die CDU hatte ihren ersten, auch unzulässigen Antrag zwar abgeändert, aber auch der war in der Form unakzeptabel.

Wir hoffen, dass solche Schnellschüsse zukünftig unterbleiben und sachlich mit der gebotenen Gründlichkeit erst gemeinsam beraten wird, bevor solche hochriskanten Kündigungsanträge gestellt werden. Dies auch im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch für die direkt betroffenen Eltern und Kinder.

Deutlich geworden ist inzwischen hoffentlich allen Fraktionen im Rat der Stadt Schortens, dass ein frühester juristisch haltbarer Kündigungstermin der 1. August 2022 wäre. Denn eine ordentliche Kündigung darf nach Auskunft des Rechtsanwaltes „nicht zu Unzeiten erfolgen“.

Ein Kündigungstermin mitten im laufenden Kindergartenjahr wäre eine solche Unzeit. Auch muss die Kündigung eines solchen öffentlich rechtlichen Vertrages dem Landkreis ausreichend Zeit geben, die Ausschreibung vorzubereiten und durchzuführen. Hierfür hält der Rechtsanwalt auch ein Jahr für angemessen.

Die SPD Fraktion plädiert dafür, zunächst die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zwischen den Kommunen und dem Landkreis abzuwarten. Hier hat der Landrat Ergebnisse spätestens zum 31. Mai zugesagt. Wenn uns das Ergebnis nicht gefällt, raten wir zu Nachverhandlungen. Auch hierfür muss eine angemessene Zeit eingeräumt werden.

Unbedingt berücksichtigen bei allen Überlegungen zur Vertragsgestaltung oder zur Aufgabe der Kinderbetreuung, was für die SPD aber keine Lösung ist, muss der Stadtrat, dass für alle gezahlten Landeszuschüsse zu unseren Kitas und Bildungsstandorten eine Rückzahlungsfrist von 25 Jahren besteht. Auch die VBL Ansprüche (Altersvorsorge für den öffentlichen Dienst) der nicht mehr im öffentlichen Dienst beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ginge für diese verloren.

Wir sind sehr optimistisch, interfraktionell eine von einer großen Mehrheit im Stadtrat getragene Lösung zu erarbeiten. Eines ist klar, die in den letzten Jahren exorbitant gestiegenen Personalkosten kann die Stadt zukünftig nicht mehr alleine tragen.